

Fortschreibung des Beteiligungsberichtes vom 25.03.1996
Stand 01.01.2005

Nach § 112 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hat die Stadt zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Die Beteiligung der Stadt Niederkassel an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts stellen sich zum Stand 01.01.2005 wie folgt dar:

1. Geschäftsanteil an der VR-Bank Rhein-Sieg

Beteiligungsverhältnis:

Die Einlage der VR-Bank Rhein-Sieg beträgt zum 31.12.2004 23.440.188,09 €. Die Stadt Niederkassel ist mit einem Geschäftsanteil von derzeit 500,00 € beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 0,00213 %.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft:

Organe der Gesellschaft sind:

- a) der Vorstand, bestehend aus vier Personen
- b) der Aufsichtsrat, bestehend aus 18 Personen
- c) die Vertreterversammlung mit z. Z. 459 Personen.

Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere

- a) die Pflege des Spargedankens, vor allem durch Annahme von Spareinlagen;
- b) die Annahme von sonstigen Einlagen;
- c) die Gewährung von Krediten aller Art
- d) die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen sowie die Durchführung von Treuhandgeschäften;
- e) die Durchführung des Zahlungsverkehrs;
- f) die Durchführung des Auslandsgeschäftes einschließlich des An- und Verkaufs von

Devisen und Sorten;

- g) die Vermögensberatung, Vermögensvermittlung und Vermögensverwaltung;
- h) der Erwerb und die Veräußerung sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten
- i) die Vermittlung oder der Verkauf von Bausparverträgen, Versicherungen und Reisen.

Zu den o. a. Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks haben sich keine Änderungen ergeben.

finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt Niederkassel:

Mit der Ausnahme geringfügiger Dividendenzahlungen ergeben sich keine finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt.

2. Stammeinlage bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis

Beteiligungsverhältnis:

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt weiterhin 1.322.850,-- €. Die Stadt Niederkassel ist an diesem Stammkapital mit 51.150,-- € beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 3,867 %.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft:

Organe der Gesellschaft sind

- a) die zwei Geschäftsführer
- b) der Aufsichtsrat, der aus 13 Personen besteht
- c) die Gesellschafterversammlung, die sich aus 13 Personen, entsprechend der Anzahl der Gesellschafter zusammensetzt.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft haben sich in 2004 keine Änderungen ergeben.

Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die im Gesellschaftsvertrag festgeschriebene öffentliche Zwecksetzung gem. § 108 Abs. 2 Ziffer 2 GO NW beinhaltet eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsver-sorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Der Erfüllung dieses gemeinnützi-gen Zwecks diente die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2004.

Aus dem Lagebericht der GWG für das Haushaltsjahr 2004 geht hervor, dass in 2004 ein Mehrfamilienhaus mit 8 öffentlich geförderten Mietwohnungen in Alfter, Weber-straße, käuflich erworben werden konnte.

Ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren hinsichtlich der Errichtung von 24 Mietwoh-nungen nebst aufwändiger Spielplatzneugestaltung auf einem gesellschaftseigenen Grundstück in Sankt Augustin, Berliner Straße, ist seitens der Stadt Sankt Augustin abgelehnt worden.

Derzeit befinden sich 44 Mietwohnungen im Bereich der Fachhochschule in Sankt Augustin, Europaring, im Bau. Die Wohnungen dienen der Wohnraumversorgung von Begünstigten der Einkommensgruppe B. Ein Bezug ist für Mai bzw. September 2005 geplant.

Im Bereich der Fachhochschule Rheinbach, Hollerithstraße, hat die Gesellschaft ein Baugrundstück für die Bebauung mit 24 freifinanzierten Mietwohnungen erworben. Die Baugenehmigung ist erteilt, so dass ein Baubeginn für Mitte 2005 vorgesehen ist.

Ebenfalls ist der Baubeginn für 12 öffentlich geförderte Mietwohnungen für Woh-nungssuchende der Einkommensgrenze A in Niederkassel-Lülsdorf, Rochusstraße, im Rahmen einer Nachverdichtungsmaßnahme für Herbst 2005 geplant. Die Baugeneh-migung ist erteilt, die öffentlichen Mittel bewilligt worden.

Die Gesellschaft beschäftigt sich derzeit mit der Akquisition eines Grund-stückes in Königswinter-Heisterbacherrott für die Bebauung mit 49 öffentlich geför-derten Mietwohnungen, die alten- und behindertengerecht ausgestaltet werden sollen.

Die Gesellschaft nutzte auch weiterhin die aktuellen Förderprogramme des Landes, um preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus ist der Bau von preisgünstigen, freifinanzierten Wohnungen bei Nichtgewährung öffentlicher Mittel ein Bestandteil im Neubaubereich der Gesellschaft geworden.

Der Eigenheimbau wird aufgrund der anhaltend rückläufigen Nachfrage weiterhin aus-gesetzt. Ein schlüsselfertig erstelltes Einfamilienhaus in Siegburg-Kaldauen, Eichen-dorffstraße, ist in 2004 veräußert worden.

Die Erneuerungen von Dach- und Fassadenflächen, Hauseingangs- und Wohnungstü-ren, Heizungsanlagen, Bädern, Bodenbelägen und Sanitäreinrichtungen sowie Balkon-sanierungen in Teilen gesellschaftseigenem Wohnungsbestandes sind im kalkulierten Rahmen durchgeführt worden.

Der Gesamtaufwand für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen betrug in 2004 2.805 T€ (saldiert mit Versichererstattungen in Höhe von 140 T€). Ansonst-en überstiegen die Aufwendungen für reine Instandhaltungsmaßnahmen die in den Mieten enthaltenen Kostenansätze nach der II. Berechnungsverordnung erheblich.

Insgesamt sind an 42 Mietwohnungen in Niederkassel, Sankt Augustin und Hennef Modernisierungsarbeiten zur Einsparung von Heizenergie durchgeführt worden. Hierbei wurden die Fassadenflächen und die Dächer wärmetechnisch isoliert.

Zum 31.12.2004 umfasst der von der GWG verwaltete eigene Bestand insgesamt 2.602 Wohneinheiten, 1 Verkaufseigenheim, 1 Gewerbeeinheit und 440 Garagen. Darüber hinaus wird von der GWG die Fremdverwaltung von 12 Eigentumswohnungen bis Ende 2005 betrieben.

finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt:

Mit der Ausnahme geringfügiger Dividendenzahlungen ergeben sich keine finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt.

3. Beteiligung der Stadt Niederkassel an der Stadtentwicklungsgesellschaft Niederkassel

Beteiligungsverhältnis:

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 306.775,13 €. Dieses Stammkapital wurde in voller Höhe von der Stadt Niederkassel übernommen. Die Stadt hat die Stammeinlage durch die Übertragung eines Grundstückes erbracht. Der Wert des Grundstückes wurde durch ein Wertgutachten bestätigt.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft:

Organe der Gesellschaft sind

- a) die Geschäftsführung, bestehend aus drei Geschäftsführern
- b) der Aufsichtsrat bestehend aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern
- c) die Gesellschafterversammlung

Die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft hat sich in 2004 nicht verändert.

Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft dient der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Niederkassel. Sie unterstützt die Entwicklung der Stadt zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen. Gegenstand des Unternehmens ist es, städtische Entwicklungsmaßnahmen zur

- Strukturverbesserung,
- Vorbereitung, Verwirklichung und zum Betrieb von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen und – einrichtungen,
- Ergänzung der städtischen Wirtschaftsförderung

im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge vorzubereiten und umzusetzen.

Die im Geschäftsjahr durchgeführten Maßnahmen und Geschäfte hatten die Erfüllung dieses Gesellschaftszweckes zum Ziel. Im wesentlichen wurden Grundstücke beschafft und veräußert für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und zur strukturellen Optimierung des Angebotes an Wohnbauflächen.

In 2004 wurden weitere gesellschaftseigene Wohnbauflächen im Bereich des Bebauungsplanes 115 L (Goethestraße/Schneppenweg in Lülldorf) durch den Grundausbau der Elly-Ney-Straße erschlossen. Insgesamt sind damit im Bebauungsplangebiet nach der Parzellierung auf den gesellschaftseigenen Flächen 36 Baugrundstücke mit insgesamt 16.038 m² entstanden. Nachdem im Jahr 2003 5.280 m² veräußert wurden, wurden – bis auf eine Restfläche von 1.042 m² - die übrigen Baugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 9.716 m² im Jahr 2004 verkauft.

Die im Februar 2003 erworbene im Kern des Stadtteils Ranzel liegende ehemalige landwirtschaftliche Hoffläche konnte bis auf Teilflächen an der Straße „In den Auen“ noch nicht verwertet werden. Für die eigentliche Hoffläche bemüht sich die Gesellschaft vorrangig um einen Betreiber für ein dort zu errichtendes Seniorenhaus. An der Straße „In den Auen“ standen insgesamt 7 Grundstücke mit zusammen 3.116 m² zur Verfügung; davon wurden im Jahr 2003 5 Grundstücke mit insgesamt 1.976 m² veräußert und im Jahr 2004 ein Grundstück mit 608 m². Es verbleibt ein Grundstück mit 608 m², für das ebenfalls bereits im Jahr 2004 der Kaufvertrag abgeschlossen wurde. Der Besitzübergang fand aber erst zu Beginn des Jahres 2005 statt.

Im Gewerbegebiet Niederkassel-Ost standen Anfang des Jahres 2004 noch gewerblich zu nutzende Flächen in einer Gesamtgröße von 15.425 m² zur Verfügung. Die Befürchtung wonach die seit drei Jahren zu beobachtende, zurückhaltende Investitionsbereitschaft gewerblicher Unternehmen andauert, hat sich bewahrheitet. Im Jahr 2004 konnten lediglich zwei Grundstücke mit insgesamt 1.450 m² veräußert werden. Damit blieb der Verkauf von Gewerbegebietsflächen erneut weit hinter den dem Wirtschaftsplan zugrunde liegenden Erwartungen zurück.

Insgesamt wurden Grundstücksverkäufe in Höhe von 1.941,6 T€ realisiert.

Wegen der großen Nachfrage nach Grundstücken zur Errichtung von Einzel- und Doppelhäusern auf relativ großzügig geschnittenen Grundstücken hat die Gesellschaft im Jahr 2003 am Nordrand des Stadtteils Lülldorf eine zur Zeit noch landwirtschaftlich genutzte Fläche von insgesamt 48.359 m² erworben.

Als Voraussetzung für eine verbindliche Bauleitplanung wurde im Jahr 2004 das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes betrieben. Die Genehmigung der Bezirksregierung zur Änderung des Flächennutzungsplanes wurde am 31.03.2005 erteilt.

Anfang Juli 2004 konnte nach intensiven Verhandlungen das ehemalige Anwesen Marktplatz 8 in Niederkassel-Rheidt erworben werden. Das aufstehende Gebäude wurde kurzfristig durch die Gesellschaft abgebrochen. Bei dem Grundstück handelt es sich um ein Schlüsselgrundstück für die Bebauung des Ortskerns Rheidt, die damit nach mehr als zehnjährigen Verhandlungen möglich zu werden scheint.

Der Kaufpreis für das Grundstück lag unter den von den bisherigen Eigentümern nachgewiesenen Aufwendungen, gleichwohl aber deutlich über den Bodenrichtwerten. Dies war vertretbar, da die Stadt Niederkassel bereit war, die in ihrem Besitz stehen-

den übrigen Flächen am Rheidter Marktplatz zu den gleichen Konditionen an die Gesellschaft zu veräußern, wie sie mit den bisher als Investoren vorgesehen ehemaligen Eigentümern des Anwesens Marktplatz 8 vereinbart waren.

Die Gesellschaft wäre damit in die Lage versetzt worden, die Gesamtflächen im Ortskern Rheidt potentiellen Investoren anzubieten. Zum Abschluss des Geschäftsjahres 2004 muss allerdings festgestellt werden, dass insbesondere wegen aus städtischer Sicht erforderlicher öffentlicher Stellplätze nur ein geringerer Teil der im Ortskern liegenden Flächen an privaten Investoren veräußert werden kann als bisher angenommen. Außerdem ist der Preis, der für ein auskömmliches Gesamtkonzept erforderlich wäre, nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen mit möglichen Investoren nicht zu erzielen, so dass – schon aus Gründen der Vorsorge – eine Wertberichtigung für das Grundstück Marktplatz 8 in Niederkassel-Rheidt vorgenommen werden muss; der Wertberichtigungsbedarf liegt bei ca. 310 T€.

finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt:

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt ergeben sich, wenn das Stammkapital zu mehr als der Hälfte aufgezehrt ist. In diesem Fall besteht eine Nachschusspflicht der Stadt.

Das Geschäftsjahr 2004 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 332,1 T€ ab. Dieser Jahresfehlbetrag führt – zusammen mit den Verlustvorträgen – dazu, dass das Stammkapital zu mehr als der Hälfte aufgezehrt wird; daraus ergibt sich eine im Gesellschaftsvertrag verankerte Nachschusspflicht des Gesellschafters. Die Nachschusspflicht beläuft sich auf 242.682,37 €.

4. Beteiligung der Stadt Niederkassel an der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

Beteiligungsverhältnis:

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 778.240,00 €. Die Stadt Niederkassel ist an diesem Stammkapital mit 10.240,00 € beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von 1,32 %.

Zusammensetzung der Organe

Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Gesellschafterversammlung, bestehend aus 17 Personen
- b) der Aufsichtsrat, bestehend aus 24 stimmberechtigten Mitgliedern
- c) die Geschäftsführung, bestehend aus zwei Personen

Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn im Verkehrsraum Köln / Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen

Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die dem Zwecke des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar förderlich sind. Sie ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder Interessengemeinschaften einzugehen. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit das mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelnen Nahverkehrsbetrieb oder Regionalgesellschaften übertragen.

Die Gesellschaft dient ausschließlich dem öffentlichen Nahverkehr. Etwaige Gewinne dürfen nur für die vertragsmäßigen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden. Werden sie hierfür im Zeitpunkt der Gewinnerzielung nicht benötigt, so sind sie einer Rücklage zuzuführen, die ausschließlich für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs der Gesellschaft im Raum Köln / Bonn eingesetzt werden darf, es sei denn, dass sie für den Ausgleich von Wertminderungen oder zur Deckung von Verlusten oder zum Erwerb eigener Geschäftsanteile verwandt wird. Die Ausschüttung von Gewinnen an die Gesellschafter ist untersagt.

Hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks geht aus dem Lagebericht der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH hervor, dass diese derzeit Zuschussempfänger und Koordinator der stadtbahnmäßigen Umrüstung und des Ausbaus der Vorgebirgsbahn und der Linie 1 der KVB AG ist.

Im Jahr 1986 wurde der durchgehende Stadtbahnbetrieb auf der Vorgebirgsstrecke – Linie 15 – zwischen den Städten Köln und Bonn aufgenommen.

Der zweigleisige Ausbau der Vorgebirgsbahn zwischen Brühl und Bonn – Dransdorf, der erst die volle Leistungsfähigkeit der Strecke und einen grundsätzlich störungsfreien Betrieb bringen wird, ist in Abstimmung mit dem Zuschussgeber in einen weiteren Kostenänderungsantrag eingeflossen. Nach dem abschließenden Prüfungsergebnis betragen nunmehr die Kosten der gesamten Maßnahme 124 Mio. €, wovon 103,6 Mio. € zuwendungsfähig sind.

Mit Bezug auf die betrieblichen Erfordernisse, die Verfügbarkeit der Liegenschaften und die Bereitstellung der Finanzierungsmittel wird der zweigleisige Ausbau in mehreren Bau- und Betriebsstufen erfolgen. Mit einem Kostenvolumen von rd. 19,2 Mio. € sollen entsprechend der Finanzierungszusage des Bundesministers für Verkehr zunächst die Streckenabschnitte Brühl Mitte bis Brühl-Schwadorf und Bonn-Dransdorf bis Bornheim zweigleisig ausgebaut werden.

In Abstimmung mit dem Infrastrukturvorhalter HGK KAG, den Betreibern KVB AG und SWB GmbH sowie den beteiligten Kommunen wird zunächst auch aus betrieblichen Gründen wegen des zusätzlichen Haltepunktes Bornheim Rathaus der Abschnitt Alfter – Roisdorf vorgezogen. Nach dem aktuellen Bauzeitenplan ist die Inbetriebnahme für Ende 2005 vorgesehen.

Mit dem Bau des Bahnsteiges in Höhe des Rathauses der Stadt Bornheim an der Linie 18 wurde im März 2004 begonnen; die Eröffnung fand im September 2004 statt. Die Maßnahme hat ein Kostenvolumen von rd. 1,2 Mio. €. Wegen der Eingleisigkeit der

Strecke ist an der Bergseite ein Seitenbahnsteig angelegt worden, einschließlich einer Unterführung der vorhandenen Gleisanlage. Der 2. Bahnsteig wird dann gleichzeitig mit dem Bau des 2. Gleises erstellt.

Aus betrieblichen Gründen wurde wegen des eingleisigen Streckenabschnittes diese Haltestelle zunächst alternierend mit der Haltestelle Roisdorf West angefahren. Dies verursachte eine Vielzahl von Beschwerden der Fahrgäste. Als mögliche Zwischenlösung bis zum endgültigen zweigleisigen Ausbau wurde seitens der KVB AG im Januar 2005 getestet, durch Berücksichtigung einer zusätzlichen Puffer- oder Wartezeit von ca. 5 Minuten in „Bornheim Mitte“, jeden Zug an der neuen Haltestelle Bornheim Rathaus halten zu lassen. Bei positiver Auswirkung auf die Betriebsqualität und auf die Zufriedenheit der Fahrgäste könnte dies dann bis zur Inbetriebnahme des zweigleisigen Ausbaus Ende 2005 als mögliche Alternative fortgeführt werden.

Die Bauarbeiten der oberirdischen Teilstrecken 2 und 3 der Ost-West-Stadtbahnstrecke Junkersdorf – Bensberg in Köln (Stadtbahnlinie 1) sind abgeschlossen. Von der Broichstraße bis zur Haltestelle „Im Hoppenkamp“, Bensberg, musste die Strecke für die Befahrbarkeit mit Niederflur-Stadtbahnwagen hergerichtet werden (Verstärkung der Fahrleitung, Anpassung des Oberbaus, Ausbau der Bahnsteige). Die Bahnsteige wurden alle behindertengerecht auf eine Höhe von 0,35 m ausgebaut. Die Abrechnung der beiden Teilstrecken mit dem Zuschussgeber erfolgt im Jahr 2005.

Im weiteren Verlauf ist die Strecke vom östlichen Endpunkt (Haltestelle „Im Hoppenkamp“) bis Bensberg Zentrum um einen 500 m langen Abschnitt in Tunnelage verlängert worden. Wegen des erheblichen Höhenunterschiedes war der Neubau nur bergmännisch möglich. Am geplanten Endpunkt „Bensberg“ entstand eine Verknüpfung mit den die Region bedienenden Bussen (Busbahnhof mit 13 Stellplätzen) sowie eine P+R-Tiefgarage mit 126 Einstellplätzen.

Ein Kostenänderungsantrag für diesen Teilabschnitt liegt dem Zuschussgeber zur Genehmigung vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 38,5 Mio. € und die zuwendungsfähigen Kosten auf 36,4 Mio. €. Sobald das abschließende Prüfungsergebnis vorliegt, kann ebenfalls mit der Abrechnung der Maßnahme begonnen werden.

Baulich fertiggestellt ist der behindertengerechte Ausbau der Rheinuferbahn (Linie 16). Auf dem Streckenabschnitt Wesseling Süd bis Schönhauser Straße (Köln) sind alle Haltestellen mit Hochbahnsteigen ausgerüstet. Die Schlussabrechnung mit dem Zuschussgeber ist erfolgt.

Auf Grund des noch vorhandenen Güterverkehrs ist eine technische Lösung für den Abschnitte von Urfeld bis Hersel zu finden, die einerseits den Bau von 90 cm hohen Bahnsteigen, andererseits die Befahrbarkeit der Strecke für den allgemeinen Eisenbahnverkehr ermöglicht.

Zur weiteren Attraktivierung des Stadtbahnsystems zählt auch die Errichtung von P+R-Anlagen an Stadtbahnhaltestellen. Das System „Park-and-ride“, die Verknüpfung öffentlicher und individueller Verkehrsmittel, erfreut sich zunehmender Beliebtheit. In den vergangenen Jahren ist in der Region ein sehr umfassendes P+R-Angebot entstanden. Bedingt durch steigende Motorisierung und die zunehmend kritischer werdende Parkraumsituation in den Stadtzentren nimmt die Nachfrage nach Stellplätzen an Haltestellen ständig zu. Die hohen Auslastungsquoten der fertiggestellten Anlagen zeigen,

dass dieses Angebot den Bedürfnissen der Fahrgäste entspricht.

In Betrieb genommen wurde im September 2004 die P+R-Anlage an der Frankfurter Straße in Köln-Gremberghoven. Hier sind an der S-Bahnstation zum Konrad-Adenauer-Flughafen insgesamt 134 Stellplätze neu entstanden. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 715.000,00 €.

Im Gebiet der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg stehen auf 52 P+R-Anlagen an Stadtbahn- und S-Bahnstrecken nunmehr über 6.900 Stellplätze den Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung.

Angefangen wurde die Erweiterung des P+R-Angebotes am Haltepunkt Schladern in der Gemeinde Windeck. Die Arbeiten begannen im Oktober 2004; 150 Stellplätze werden dort zusätzlich errichtet.

Des Weiteren begannen im Dezember 2004 die Arbeiten für die P+R-Anlage am Bahnhof in Alfter-Witterschlick. In einer 1. Baustufe wird zunächst eine Buswendeanlage mit 2 Busstellplätzen errichtet. Der 2. Bauabschnitt umfasst 50 PKW-Stellplätze.

Der Bau der Nord-Süd-Stadtbahn schreitet planmäßig voran. Die neue Tunnelstrecke wird vom Breslauer Platz durch das Severinsviertel in Richtung Süden bis zur Bonner Straße geführt. Die Streckenlänge beträgt etwas mehr als 4 km in Tieflage, in weiten Teilen in zwei parallel geführten Röhren. Die Investitionen belaufen sich auf rd. 650 Mio. €. Die Strecke soll 2010 in Betrieb genommen werden. Es entsteht ein Tunnel, der später die Linie 16 aufnehmen wird.

Die Linie 16 fährt heute in dem einzigen vorhandenen Nord-Süd-Stadtbahntunnel in Köln, der aufgrund seiner außerordentlich hohen Belastung mit Zugfolgen von teilweise 90 Sekunden dazu neigt, betriebliche Instabilitäten und Fahrplanungenauigkeiten zu verursachen und damit durch Verzögerungen zu einem geminderten qualitativen Betriebsablauf auf der gesamten Strecke führt. Dies soll sich durch den neuen Tunnel ändern, der dadurch nicht nur von hoher Bedeutung für die Stadt Köln, sondern auch für die gesamte Region ist.

Die Arbeiten der 2. Baustufe für die Verlängerung der Linie 1 vom Einkaufszentrum Weiden bis zur Stadtgrenze (Bonnstraße) begannen im November 2004. Außerhalb der Bebauung ist die Anlage eines leistungsfähigen P+R-Platzes geplant. Integraler Bestandteil der Verknüpfung ist außerdem die Errichtung des Haltepunktes Köln-Weiden West der S-Bahn Köln-Horrem.

Damit kann den verkehrlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden, die sich durch den Besucherandrang zur Fußballweltmeisterschaft, die auch im Müngersdorfer RheinEnergie-Stadion ausgetragen wird, abzeichnet.

Die Gesamtkoordination hat der Verkehrsverbund Rhein-Sieg übernommen. Die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg zeichnet sich für die Finanzierung und den Bau der P+R-Anlage (Kosten rd. 3 Mio. €) verantwortlich. In einem 1. Bauabschnitt werden zunächst 410 Stellplätze, davon 13 für Mobilitätsbehinderte, 7 Busstellplätze, 20 überdachte B+R-Plätze sowie 10 Fahrradboxen errichtet. Bei guter Auslastung können kurzfristig in einem 2. Bauabschnitt die Stellplätze auf ca. 700 erhöht werden. Der Finanzierungsantrag wurde im Oktober 2004 bei der Bezirksregierung Köln eingereicht.

Mit einem Zuwendungsbescheid wird in 2005 gerechnet. Die voraussichtliche Bauzeit beträgt 8 Monate.

Im rechtsrheinischen Bonner Stadtgebiet wurde der stadtbahnmäßige Ausbau der Linie 66 wegen der Schwierigkeiten der städtebaulichen Gestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes und des Bertha-von-Suttner-Platzes in mehrere Baustufen unterteilt. Der Gesamtabschnitt vom Hauptbahnhof bis Vilich-Müldorf sieht u. a. eine Vielzahl einzelner Maßnahmen vor: Vorrangschaltung für die Stadtbahn, Hochbahnsteige für die Haltepunkte, die im Straßenniveau liegen, Verbesserung der Bahnstromversorgung, Anpassung der DB-Brücke Vilich, technische Sicherung des BÜ Gartenstraße und Erstellung eines besonderen Bahnkörpers dort, wo die Stadtbahn mit dem Individualverkehr im Mischverkehr fährt.

Die 1. Baustufe des Teilabschnittes Bonn (Kostenvolumen rd. 8,7 Mio. €) verläuft planmäßig und wird in 2005 voraussichtlich fertiggestellt.

Im Rahmen der 2. Baustufe des Teilabschnittes Bonn (darin u. a. enthalten der Neubau von 2 Unterwerken am Brückenkopf Kennedybrücke und im Bereich Stadthaus) wurde der Haltepunkt Vilich-Müldorf bereits aus- und umgebaut. Zurückgestellt und Gegenstand eines eigenen Förderantrages ist der Haltepunkt Vilich, weil dort im Zuge der Flughafen-S-Bahn ein Verknüpfungspunkt zwischen Stadtbahn und S-Bahn entstehen soll.

Im Bau befindet sich der Ausbau des Haltspunktes Adelheidisstraße (Hochbahnsteige in Mittellage) und der folgenden Streckenabschnitte. Nach dem Planfeststellungsbeschluss Anfang 2004 begannen die Bauarbeiten. Die Baukosten liegen bei 3,8 Mio. €. Die Bauarbeiten werden im Sommer 2005 fertiggestellt.

Die Planung der Umgestaltung des Haltepunktes Konrad-Adenauer-Platz war soweit fortgeschritten, dass nach Planfeststellung mit dem Ausbau begonnen werden konnte. Die Errichtung des Hochbahnsteiges (in Mittellage) in der Sankt Augustiner Straße sowie eines Mittelflachbahnsteiges im Bereich der Friedrich-Breuer-Straße für die Linie 62 sind in 2004 abgeschlossen worden. Die Baukosten beliefen sich auf rd. 4,4 Mio. €.

Ein wesentlicher Teil der Beschleunigungsmaßnahme der Linie 66 auf dem Stadtgebiet von Sankt Augustin war neben den Investitionen für die Gleisanlagen, Fahrleitung und Fahrstromversorgung die Errichtung von sieben Hochbahnsteigen. Alle Umrüstungsmaßnahmen für die Fahrgäste sind abgeschlossen. Lediglich die Ertüchtigung der Schrankenanlage an der Arnold-Janssen-Straße ist noch nicht fertiggestellt. Der Baubeginn hierfür ist Mitte 2005 geplant. Darüber hinaus ist eine Aufzugsanlage an der Haltestelle Sankt Augustin Markt in Planung, da eine niveaugleiche Querung der Gleise von der Genehmigungsbehörde verweigert wurde.

Nachdem ausschließlich Stadtbahnwagen auf dem Streckenabschnitte zwischen Bonn, Oberkassel, Königswinter und Bad Honnef eingesetzt werden, ist es möglich, im gesamten Streckenverlauf die Haltestellen mit Hochbahnsteigen auszurüsten.

Die Haltepunkte im Stadtgebiet Bonn werden als kombinierte Hoch-/Flachbahnsteige erstellt und künftig sowohl von Stadtbahnwagen als auch von Niederflur-Straßenbahnen angefahren. Die Bahnsteignachrüstungen der 10 Haltepunkte (4 auf Bonner Stadtgebiet und 6 im Stadtgebiet Königswinter) begannen in Oberdollendorf

und Oberdollendorf Nord. Die Anhebungen der Hochbahnsteige an der Haltestelle Longenburg und am Haltepunkt Königswinter Denkmal befinden sich derzeit im Bau. Die restlichen Haltestellen folgen 2005 (Königswinter Fähre) und 2006 (Clemens-August-Straße).

finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt

Gewinne der Gesellschaft werden nicht ausgezahlt, sondern einer Rücklage zugeführt. Evt. Jahresfehlbeträge sind als Nachschüsse im Verhältnis der Geschäftsanteils zum Stammkapital auszugleichen. Insoweit könnten sich finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Stadt ergeben. Die Gesellschaft hat jedoch in den letzten Jahren jeweils Jahresüberschüsse erwirtschaftet.

Eine Bewertung und Überprüfung der Risikosituation ergab, dass die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft grundsätzlich durch die Umsetzung der geplanten Projekte gesichert wäre und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine operativen Risiken bestehen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden würden.

Seitens des Zuschussgebers wurde der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg allerdings mitgeteilt, dass für Investitionen im ÖPNV in den nächsten Jahren wesentlich geringere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auf Basis aktueller detaillierter Planungen lässt sich daher ableiten, dass kurzfristig die Maßnahmen, an denen die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg beteiligt ist, nicht bzw. mit deutlich reduziertem Umfang umgesetzt werden. Weiter wird deutlich, dass Infrastrukturmaßnahmen von Seiten der Bewilligungsbehörde aktuell in einen direkten Zusammenhang mit der Ausweitung von Verkehrsleistungen gestellt werden. Hierfür fehlen derzeit den Aufgabenträgern allerdings ebenfalls die finanziellen Möglichkeiten.

Darüber hinaus wurden mit Wirkung zum 01.01.2005 die Rahmenbedingungen für die Förderung von neuen ÖPNV-Projekten deutlich verändert. Die Fördersätze sanken von bislang 90 % der zuwendungsfähigen Kosten auf 85 % (für Stadtbahn-/ÖPNV-Maßnahmen) bzw. auf 75 % bei P+R-Maßnahmen. Dies bedeutet, dass die jeweiligen Kommunen einen höheren Eigenanteil tragen müssen. Auch diese Änderung wird eher zu einem weiteren Rückgang von Maßnahmen führen.

Da die Finanzierung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg derzeit ausschließlich über Honorare aus der Bearbeitung und Steuerung von Stadtbahn- und P+R-Projekten erfolgt, lässt sich ableiten, dass sich die für die nächsten Jahre vorgesehenen Erträge aus den bestehenden Projekten nicht in der geplanten Zeitachse realisieren lassen. Konkret bedeutet dies, dass sich die kurz- und mittelfristige Ertragssituation der Gesellschaft voraussichtlich weiter verschlechtern wird, sofern es nicht gelingt, durch andere Projekte entsprechende Einnahmen zu generieren.

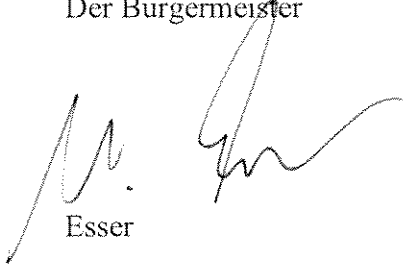
Vor diesem Hintergrund wird derzeit ein Szenario zur strategischen Neuausrichtung bzw. zur Erschließung weiterer Projekte durch die Geschäftsführung erarbeitet. Gleichwohl zeigt die derzeitige wirtschaftliche Situation, dass dieser Prozess nur schrittweise erfolgen kann.

Auf der Basis dieser Rahmenbedingungen bzw. der aktuellen Entwicklungen wurde bereits im Wirtschaftsplan 2005 ein Jahresfehlbetrag von 80 T€ prognostiziert, der durch Entnahmen aus der Gewinnrücklage der Gesellschaft ausgeglichen werden

kann. Bei unveränderter Projektsituation wird sich diese Entwicklung in 2006 weiter negativ entwickeln.

Niederkassel, 18.08.2005

Stadt Niederkassel
Der Bürgermeister



Esser